



Frau Esken (SPD), Frau Yaghoobifarah (taz) und die Polizei ...

Die jüngsten Äußerungen der Bundesvorsitzenden der SPD im Lichte der Vorgänge in den USA und die Kolumne „Abschaffung der Polizei: All cops are berufsunfähig“ der Redakteurin der taz sind nach Ansicht der DPoIG äußerst diskriminierend, menschenverachtend und abwertend.

Der Eindruck, dass Polizistinnen und Polizisten in Deutschland latent rassistisch seien, wie es von Saskia Esken unterstellt wird, macht uns wütend und betroffen. Solche unausgegorenen Behauptungen, die nicht belegbar und aus dem „hohlen Bauch“ sind, führen zur Verunsicherung der Menschen in unserem Land.

Auch wenn eine Zeitung wie die taz ihre Leserschaft scheinbar eher in einem linken Milieu sucht, sind die Aussagen, die die Redakteurin so kundtut, mehr als erschreckend und nach unserer Ansicht dem Berufsstand der Journalisten unwürdig. Presse soll unabhängig und kritisch sein, aber diese Ebene wurde mit der Kolumne deutlich überschritten.

Die DPoIG im Bund und im Saarland stellt sich gemeinsam vor unsere Kolleginnen und Kollegen. Unser Landesvorsitzender hierzu:

„Wenn die Politik durch solche vorschnellen Aussagen schon den Eindruck vermittelt, dass sie nicht hinter den Polizistinnen und Polizisten steht, dann darf man sich über den weiteren Werteverfall in unserer Gesellschaft nicht wundern. Wir erleben täglich Übergriffe auf Kolleginnen und Kollegen. Gerade Anfang dieses Jahres entgingen Beamte der Polizei in Neunkirchen dem Tod, weil auf sie geschossen wurde. Unsere Kolleginnen und Kollegen halten jeden Tag den Kopf auch für unpopuläre Entscheidungen der Politik hin. Das ist nun der Dank?

Mir ist nicht bekannt, dass die Polizei im Saarland rassistisch oder fremdenfeindlich ist. Im Gegenteil haben wir eine steigende Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund. Wir sind also alles andere als rassistisch!“

Ende Juni zeigte sich deutlich in Stuttgart, was passieren kann, wenn der Eindruck entsteht, dass die Politik nicht

hinter der Polizei steht, sondern grundlos Misstrauen sogar fördert. Massive Gewaltausbrüche und scheinbar grundlose Aggression gegen Einsatzkräfte und Demolierungen waren die Folge. Dies hat viele Menschen im Land geschockt. Der Landesvorsitzende der DPoIG

Baden-Württemberg, Ralf Kusterer, machte deutlich, dass diese sogenannten „Party- und Eventszene“ die Polizei als Ventil

genutzt hat. Unter dem Motto „Ihr (Polizei) habt uns nichts zu sagen“ wurden die Einsatzkräfte provokativ angegangen und verletzt. Jetzt stellt sich die Politik schnell die Frage, wie so etwas passieren konnte und wer diese meist Jugendlichen sind? Erste Vermutungen gehen von Frust über die Corona-Beschränkungen und zu viel Alkohol aus.

Aus unserer Sicht gibt es da keine Entschuldigungsgründe. Alle (auch die Polizei) sind von der Corona-bedingten Situation betroffen. Dies ist kein Grund, andere Menschen anzugreifen oder dies auch noch im Sinne von Trophäen in sozialen Medien zu feiern.

Für uns ist klar, hier muss juristisch konsequent gehandelt werden. Es muss ein klares (politisches) Bekenntnis zur Polizei geben und es muss ein deutliches gesellschaftliches Zeichen gegen solches Gebaren erfolgen. Journalisten und Politiker sollten sich der Konsequenzen ihres Handelns genauso bewusst sein wie alle anderen Berufsgruppen. Wir alle tragen eine gemeinsame Verantwortung, die Sicherheit in unserem Land zu erhalten. Die Polizei hat hier im Besonderen eine Garantenstellung, die sie auch in Zukunft auf dem Boden unserer Verfassung umsetzen wird.

Im Übrigen ist es auch gut, dass die Redakteurin der taz nach massiven Anfeindungen sich auf den Schutz der Polizei verlassen kann. Das zeichnet den Rechtsstaat aus! ■



Impressum:

Redaktion:
Sascha Alles (V. i. S. d. P.)

Landesgeschäftsstelle:
Hohenzollernstraße 41
66117 Saarbrücken
Telefon: 0681.54552
Fax: 0681.54553

www.dpolg-saar.de
E-Mail:
info@dpolg-saar.de

ISSN 0937-4876





Antidiskriminierungsgesetz von Berlin gilt nicht für unsere Kolleginnen und Kollegen

DPoIG zeigt sich zufrieden und erleichtert über die Klarstellung Berlins im Rahmen der Innenministerkonferenz

Das in Berlin in Kraft getretene „Antidiskriminierungsgesetz (LADG)“ ist aus unserer Sicht ein klares Misstrauensvotum gegen die Polizei. Wir haben Minister Bouillon daher gegeben, dies auch im Rahmen der Innenministerkonferenz in Erfurt Ende Juni deutlich zu machen.

Der Landesvorsitzende Sascha Alles dazu:

„Eine Amtshilfe von Kolleg(inn)en aus dem Saarland hätten wir unter den aktuellen Bedingungen ansonsten abgelehnt.“

Gerade jetzt gilt es, die Arbeit der Polizei deutlich zu unter-

stützen und nicht Misstrauen und einen Generalverdacht gegen unsere Kolleg(inn)en zu richten. Das ist der falsche Weg. Wir sind nun froh und erleichtert, dass unser Minister zusammen mit seinen Amtskollegen eine Klarstellung des Berliner Innensensors eingefordert und erhalten hat.

Gleichzeitig sind wir auch beruhigt, dass Minister Bouillon einem solchen Gesetz für das

Saarland bereits eine Absage erteilt hat!

Es muss die Aufgabe von uns allen sein, Vertrauen zu erarbeiten und nicht mit Misstrauen zu beginnen. Die Polizei im Saarland und die bestehenden Kontrollinstanzen in der Justiz machen ihre Arbeit gut. Begründete Fälle werden konsequent verfolgt und am Ende juristisch geklärt. Das zeigt, dass unser Rechtsstaat funktioniert.“

Neue Polizei- vizepräsidentin Natalie Grandjean

DPoIG gratuliert der ersten Frau an der Spitze der saarländischen Polizei.

Am 22. Juni 2020 wurde Frau Grandjean die Aufgabe der Ständigen Vertreterin des Leiters des Landespolizeipräsidiums durch Innenminister Bouillon übertragen. In einem Begrüßungsschreiben an die Mitarbeiter schreibt sie Folgendes:

„Ich freue mich sehr auf die neue Aufgabe, wenngleich ich auch mit Demut sehe, dass damit eine Vielzahl von Aufgaben und ein erhöhtes Maß an Verantwortungsübernahme einhergehen werden.“

Mit diesen Worten wird klar, dass die neue stellvertretende Behördenleiterin sich sehr bewusst ist über ihre künftige Aufgabe und die vielen Herausforderungen, die von der Polizei aktuell zu bewältigen sind.

Die DPoIG hatte sich bereits im Vorfeld des Auswahlverfahrens sehr stark für das von Minister Bouillon vorgesehene Verfahren der BESTENAUSLESE gemacht. Warum sollte im Grundsatz nicht auch ein Spitzenamt der Polizei genauso besetzt werden wie jede andere Stelle in der Polizei. Für jede Sachbearbeiter- oder Leitungsstelle wurde bis dato die Bestenauslese durchgeführt. Gerade die großen Herausforderungen an die Behördenleitung sind nach unserer Auffassung umso mehr ein Grund, möglichst hoch qualifizierte und motivierte Personen für diese Aufgabe zu gewinnen. Am Ende haben sich drei Kolleg(inn)en auf die Ausschreibung, die sicher früher hätte beendet werden können, beworben. Alle Bewerber waren/sind nach un-



Sascha Alles, Natalie Grandjean und Patric Louis

© DPoIG

serer Einschätzung für ein solches Amt grundsätzlich geeignet gewesen. Daher war es für alle fair und richtig, ein Auswahlgespräch durchzuführen, um sich nochmals ein individuelles Bild von allen machen zu können.

Wir sind nun froh, dass es keine Hängepartie in der Frage der Stellenbesetzung gegeben hat. Mit Natalie Grandjean bekommt unsere Behörde eine junge Führungskraft, die sowohl aus dem Bereich der Schutzpolizei als auch der Kriminalpolizei viel Erfahrung mitbringt und nicht nur im

- Werdegang**
- > Einstellung in den m. D. 1992
- > Dienst in BP und WSD
- > SB in im Kriminalitätsbereich und im Führungsstab
- > Aufstieg zum h. D. 2005
- > Nebenamtliches Mitglied der Verhandlungsgruppe
- > Ständige Vertreterin des Leiters des FüSt der LPD
- > Leiterin Abt. 1 im LKA
- > Leiterin der FLZ
- > Leiterin Abt. 22
- > Ständige Vertreterin des Leiters LPP 2



Saarland, sondern auch überregional gut vernetzt ist.

Natürlich sehen wir es auch als äußerst positiv, dass mit der Personalentscheidung

die Spitze des Landespolizeipräsidiums nun im Sinne des Frauenförderplans absolut paritätisch besetzt ist. Das ist ein gutes Signal in die ganze Polizei!

Wir gratulieren Natalie Grandjean herzlich zur neuen Aufgabe, die sie sicher in ihrer bekannten Akribie und Professionalität wahrnehmen wird. Gleichzeitig stehen wir

gerne auch zur Verfügung, um die Verbindung zu den Mitarbeiter(inne)n sicherzustellen und Sprachrohr für sie zu sein. ■

Forderungen nach einem Polizeibeauftragten ist Unding

Landesvorsitzender Sascha Alles zur Forderung der Linkspartei und der Jusos

„Auf die Frage, ob wir einen Polizeibeauftragten brauchen, kann ich klar mit Nein antworten. Wir haben bereits eine interne Ermittlungsdienststelle, die allen Beschwerden und Vorwürfen gegen Polizisten mit aller Konsequenz nachgeht. Auch wurden extra klare Regelungen bei Ermittlungen gegen beziehungsweise zum Nach-

teil von Polizisten durch die Behörde erlassen. Das hat auch in den letzten Jahren nachweislich gut funktioniert; im Übrigen genauso die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft, die diese Verfahren immer genau unter die Lupe nimmt. Da fällt nichts unter den Tisch, im Gegenteil wird kritisch geprüft. Es kam daher schon zu Entlas-

sungen und Geldstrafen, was zeigt, dass es funktioniert.

Wir möchten kein Fehlverhalten, aber auch keine Vorverurteilung. Solche Forderungen nach weiteren Kontrollstellen lehnen wir daher klar ab, da wir kein Misstrauen, sondern Vertrauen in den Staat und seine Behörden möchten. Es ist daher auch erschreckend im Lichte der Gewalt gegen unsere Kolleginnen und Kollegen in Stuttgart Ende Juni, dass Politiker sich nicht hinter die Polizis-

tinnen und Polizisten stellen, sondern Misstrauen säen, das am Ende zu den zuvor genannten Eskalationen beiträgt. Wenn der Eindruck entsteht, dass die Polizei nicht politisch und gesellschaftlich gestützt wird, dann wundert es keinen, dass einige anfangen, den Staat in Gänze nicht mehr ernst zu nehmen.

Wir erwarten daher ein Bekenntnis der Politik zur Polizei, die den Staat vertritt, und kein Klima des Misstrauens.“ ■

Mindestpersonalisierung bleibt unsere Kernforderung, auch wenn die aktuellen Entscheidungen in die richtige Richtung gehen.

Die Ergebnisse der Haushaltsklausur 2021/22 der Landesregierung bringen Licht und Schatten.

Die Ankündigungen, dass die Zahl der Stellen für die Polizei erhöht wird, ist grundsätzlich positiv. Jedoch bleiben wir als DPoG bei unserer Forderung, eine **Mindestpersonalisierung von 3 000** Vollzugsbeamten für die Polizei festzulegen.

Mit der nun beschlossenen Erhöhung gehen wir zwar in die richtige Richtung, jedoch brauchen wir weitere Stellen in den kommenden Jahren, um Dienststellen, die am Limit laufen, wieder auf „Normalnull“ zurückzubringen.

Gerade die Prävention, die eine Kernaufgabe der Polizei darstellt, muss wieder deutlich verstärkt werden. Die Inspektionen und die Verkehrspolizei brauchen dafür mehr personelle Kapazitäten.

Aber auch in anderen Bereichen sehen wir die dringende Notwendigkeit, personell nachzusteuern. Bereiche wie **Cybercrime oder auch Ermittlungen bei Kinderpornografie** sehen wir auch als äußerst wichtig an.

Erfreulich ist, dass die bereits eingestellten Kolleg(innen)en der **Ermittlungsunterstützung und des Polizeilichen Ordnungsdienstes** nun auch entfristet werden können.

Im Bereich der **Beförderungen** werden nach unseren Forderungen weitere 35 Stellenhebungen erfolgen, die gerade für das Bestandspersonal besonders wichtig sind, da nun auch die Zahl der Beförderungsmöglichkeiten weiter gesteigert werden kann (Regelbeförderung). In Rheinland-Pfalz erreichen die Polizeibeamt(inn)en grundsätzlich die Besoldungsstufe A 11. Im Saarland müssen wir dafür noch „ein paar Schippen“ drauflegen.

In der Frage der **Zulagenentwicklung (Polizeizulage)** gibt es jedoch zurzeit immer noch keine Bewegung und keine klaren Aussagen. Wir erwarten weiterhin eine deutliche Erhöhung, um den gestiegenen Herausforderungen, denen unsere Kolleginnen und Kollegen tagtäglich ausgesetzt sind, Rechnung zu tragen. Hier müssen endlich Entscheidungen auf den Tisch, denn Entwicklungen, wie sie zuletzt in Stuttgart zu sehen waren, gehören mittlerweile zum Berufsalltag der Polizei.

Unsere Kolleg(inn)en dürfen zu recht mehr Wertschätzung erwarten. ■



> Nachruf

Die Deutsche Polizeigewerkschaft verabschiedet sich von

Stefan Malter

* 27. Juli 1947 † 22. Mai 2020

Stefan war schon früh in die DPoIG eingetreten und hat sich für die Vorstandsarbeit interessiert und engagiert. So wurde er am 11. Landesdelegiertentag, am 5. November 1993, zum Beisitzer gewählt und auf dem folgenden Delegiertentag im Amt bestätigt. Auf dem 13. Landesdelegiertentag wurde er zum stellvertretenden Landesvorsitzenden und auf dem 14. Delegiertentag im Jahre 2008 zum 1. Schriftführer gewählt. Weiterhin war Stefan Malter einige Jahre Landesgeschäftsführer der DPoIG und in verschiedenen Personalräten tätig. Mit Stefan Malter verliert die DPoIG eine Persönlichkeit, die von großer Gerechtigkeit und Engagement geprägt war. Er hat die DPoIG auf ihrem erfolgreichen Weg mitgestaltet.



© Privat

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

*Sascha Alles, Landesvorsitzender
Willi Kummer, Ehrenvorsitzender*

> Unsere Helden des Alltags

Lisa und Johannes leisteten bei einem Einsatz sofort Erste Hilfe und stellten damit sicher, dass die betroffene Person überlebte! Wir finden, dass das „heldenhaft“ war. Dafür haben sich unser Landesvorsitzender Sascha und unser Ansprechpartner der PI VK, Benny, im Namen der DPoIG nochmals persönlich bedankt.

Unsere Kolleginnen und Kollegen helfen täglich Menschen aus Not-situationen. Auch wenn es um Leben und Tod geht, sind sie für euch da!



> Sascha Alles, Johannes Kunkel, Lisa Sielemann, Benjamin Kölbl

© DPoIG

> Geburtstage im Juli und August

Wir wünschen folgenden Kollegen alles Gute zum Geburtstag:

- | | |
|------------------------|---------------------------|
| J. Groß, 61 Jahre | E. Rose, 66 Jahre |
| W. Hund, 67 Jahre | Th. Wacker, 40 Jahre |
| A. Sehn, 82 Jahre | E. Conrad, 73 Jahre |
| G. Schabert, 78 Jahre | H. Ziegler, 68 Jahre |
| M. Mailänder, 64 Jahre | W. Untersteller, 63 Jahre |
| M. Wotipka, 61 Jahre | |

Bleibt gesund und kommt durch das Jahr.

Eure DPoIG



© diapicard / Pixabay

03.07.2020

Pressemitteilung

Tote Unfallopfer zu fotografieren oder filmen ist künftig strafbar

Die DPoIG ist sehr zufrieden mit der Gesetzesverschärfung

Der Landesvorsitzende Sascha Alles hierzu:

„Endlich gibt es eine Sanktionsmöglichkeit auch im Rahmen von Unfällen Verstorbene vor schaulustigen Fotografen zu schützen. Künftig ist es verboten Fotos oder Videos von Unfallopfern zu fertigen.“

Gaffer an Unfallstellen sind leider keine Seltenheit, wie wir wissen. Die Polizei hat regelmäßig alle Hände voll zu tun, neben der eigentlichen Unfallaufnahme Gaffer von Unfallstellen fern zu halten. In der Vergangenheit wurden nicht selten Fotos oder auch Videoaufnahmen mit Handys gemacht, wenn Menschen am Unfallort verstarben. Dieses geschmack- und pietätlose Verhalten ist nun strafbar. Es können Geld- bzw. Haftstrafen bis zu zwei Jahren verhängt werden.

Die DPoIG sieht ihre Forderung in diesem Bereich mehr als erfüllt. Es ist für die Familien von Unfallopfern besonders schlimm, wenn Bilder oder Videos ihrer verstorbenen Angehörigen in sozialen Medien auftauchen. Jetzt kann die Polizei bereits einschreiten, wenn jemand das Handy an einer Unfallstelle zückt. Dabei ist es erfahrungsgemäß für solche Gaffer besonders schlimm, wenn wir die Handys sicher stellen.

Wir hoffen mit der Gesetzesverschärfung nun auf mehr Respekt gegenüber den Unfallopfern und deren Familien.“

ehrlich - authentisch - kollegial...DPoIG

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)
im DBB - LV Saarland
Hohenzollernstraße 41
66117 Saarbrücken



© DPoIG